

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 24.05.2017
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:10 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

Freie Wähler

Frau Heike Christmann
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Roni Lörch
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Oliver Walch

CDU

Frau Ingeborg Haese-Sandner
Herr Peter Kiesinger
Herr Norbert Ried
Herr Dr. Martin Rupp
Frau Dr. Karla Schelp
Herr Günter Sing

SPD

Herr Reinhard Haas
Herr Walter Hoffer
Herr Edgar Huck
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Andreas Hartmann
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Ortsvorsteher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt
Frau Jasmina Jukic
Frau Stefanie Kappler

Auszubildende Gemeinde Karlsbad

Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch

Sachverständige

Frau Sabine Chilla
Herr Martin Rickersfeld
Herr Polizeirat Alexander Seifert

zu TOP Kantinen

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Joachim Karcher
Frau Hielta Schlifkowitz

CDU

Herr Reinhard Dummler
Herr Roland Rädle

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beschlussfassung über Resolution Lärmschutz BAB A8
Mutschelbach
Vorlage: 10/0381/2017**
- 4 **Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten der
Feuerwehr Karlsbad Abteilung Spielberg
Vorlage: 10/0374/2017**
- 5 **Vorstellung der Verkehrsunfall- und Kriminalstatistik
2016
Vorlage: 10/0375/2017**
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über einen neuen Kin-
dergarten im Gewerbegebiet Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 10/0382/2017**
- 7 **Mensa GMS - Beschluss Ausschreibung und Subventio-
nierung Essenspreis
Vorlage: 10/0370/2017**
- 8 **Anpassung der Mitteilungsblattstatuten bezüglich Ka-
renzzeit vor Wahlen
Vorlage: 10/0380/2017**

- 9 **Beratung und Beschlussfassung über die Spendenan-
nahme im 1. Quartal 2017**
Vorlage: 20/0379/2017
- 10 **Genehmigung von Protokollen**
- 11 **Verschiedenes**
- 12 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 16.05.2017 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 22 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 18.05.2017 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rupp Martin, Haas Reinhard, Rohrer Uwe .

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

Grin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach dem Ansprechpartner der Anschlussunterbringung der Flüchtlinge. Der Vorsitzende antwortet, dass Michael Bußmann bzw. in allgemeinen Fällen auch das Bürgerbüro Ansprechpartner sind. Seitens des Landkreises solle jedoch noch zusätzliches Personal (Integrationsmanager) eingestellt werden.

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) lobt die Verwaltung für die Infos zum Breitbandausbau.

zu 3 Beschlussfassung über Resolution Lärmschutz BAB A8 Mutschelbach Vorlage: 10/0381/2017

Der Vorsitzende sagt, dass ihn von Beginn seiner Amtszeit an fast täglich das Thema Lärmschutz Autobahn A 8 in Mutschelbach begleite. Auch sein Vorgänger, Bürgermeister a.D. Rudi Knodel, habe sich damit intensiv befasst. Voraussichtlich in diesem Jahr laufen die Restarbeiten beim Autobahnausbau, das Lärmproblem sei jedoch noch nicht gelöst. Die Gespräche hierzu mit Bundes- und Landtagsabgeordneten, Regierungspräsidium, Straßenbau- lastträger und anderen hätten nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Bürgerinitiative für gerechten Autobahnausbau (BIAM) engagiere sich hierbei ebenfalls stark, Dank gebühre auch Ortschafts- und Gemeinderat sowie dem Regionalverband – hier bringe sich Bürgermeister a.D. Rudi Knodel als Vertreter für die Gemeinde Karlsbad ein. Die bisher durchgeführten Lärmschutzmaßnahmen reichten nicht aus, um die problematischen Lärmwerte in Teilen von Mutschelbach zu reduzieren. Baumäßig wurden lediglich zwei für die Bauarbeiten zunächst notwendige Erdwalllücken von je rund 20 Metern geschlossen sowie einige Bepflanzungen durchgeführt. Dies entspreche, so die Behörden, den Messungen im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses 2006. „Dieser Lückenschluss ist nicht das, was wir erwartet haben, es muss mehr getan werden um die Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen“, so der Vorsitzende. Durch das planerische Zusammenlegen von Grün- und Wildschutzbrücke zu einer neuen Nusswegbrücke spare man Geld, welches für einen besseren Lärmschutz in Mutschelbach verwendet werden könnte. Wichtig sei, die fehlende Lärmwand auf der Ostseite der Bocksbachtalbrücke sowie den nicht durchgezogenen Lärmschutzwall bis zur Brücke zu verlängern. Hierfür sei das Bundesverkehrsministerium zuständig. Über eine Resolution wolle man die zuständigen Stellen und Personen bewegen, die restlichen Maßnahmen umzusetzen. Der Ortschaftsrat Mutschelbach habe dieser bereits zugestimmt.

Diskussion im Gemeinderat

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) erläutert, dass Gemeinde- und Ortschaftsrat sowie BIAM seit 1995 den Autobahnausbau konstruktiv begleitet hätten. Die Erwartungen hinsichtlich einer deutlichen Verbesserung der Lärmsituation seien so nicht erfüllt worden. Es gebe deutliche Grenzwertüberschreitungen beim Lärm, die man so nicht hinnehmen wolle. Es gebe Wohnbereiche, die aktuell deutlich höheren Lärmbelastungen ausgesetzt seien als vor dem Ausbau. GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) schlägt vor, den Lärmschutzwall

zu bepflanzen. Der Vorsitzende sagt, dass man dies an den möglichen Stellen machen werde. GR Reinhard Haas (SPD) bestätigt, dass sich der Lärmpegel an gewissen Stellen erhöht habe und etwas getan werden müsse. Auch Bepflanzungen seien sinnvoll. GR und Ortsvorsteher Roni Lörch (Freie Wähler) bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in Mutschelbach.

Resolutionstext

Kommunalpolitische Vertreter fordern schnellstmöglich Maßnahmen zur Reduzierung des extremen Verkehrslärmes an der neuen A 8

Die Gemeindevertreter der Gemeinde Karlsbad und des Ortschaftsrates Mutschelbach haben den Neubau der verkehrswichtigen Autobahn A 8 unterstützt und dieses wichtige Verkehrsinfrastruktur-projekt vom Beginn des Ausbaues, in Erwartung einer erheblichen Verbesserung für die Bevölkerung, positiv begleitet. Die vorhandene extrem hohe Belastung der Bevölkerung, die zum einen durch die Führung der A 8 durch Karlsbad-Mutschelbach hindurch und zum anderen durch den mit der Autobahn verbundenen Verkehrslärm und den nicht durchgeführten aber technisch vorbereiteten und damit umsetzbaren Lärmschutzmaßnahmen, kann so nicht hingenommen werden.

Sowohl die Mitglieder des Gemeinderates, des Ortschaftsrates, der Bürgerinitiative für gerechten Autobahneubau (BIAM) und der Verwaltung haben seither unzählige Versuche unternommen, bei den zuständigen Behörden und Politikern eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Eine Überprüfung der relevanten Lärmberechnungen aus der Planfeststellung konnte in der vergangenen Legislaturperiode erreicht werden – die Neuberechnungen ergaben höhere Lärmbelastungen als in der Vorplanung angegeben.

Dennoch konnte die rechtmäßige Forderung der Gemeinde Karlsbad für eine Nachrüstung der Lärmschutzwand an der Bocksbachtalbrücke und der damit verbundene Zusammenschluss des vorhandenen Lärmschutzwalles, sowie die Aufbringung eines lärmindernden Fahrbahnbelages und die Umsetzung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h in diesem Bereich nicht erreicht werden.

In Kenntnis der real vorhandenen Lärmbelastung, die weit überwiegend über dem vor dem Ausbau vorhandenen Belastungspegel liegt, wird die unverzügliche Umsetzung zweckdienlicher Maßnahmen zur Lärminderung von der Bundesrepublik Deutschland als zuständiger Baulastträger der Autobahn A 8 für die Karlsbader Bevölkerung, wie nachfolgend aufgeführt, gefordert:

- a) Die Umsetzung technisch machbaren zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen - insbesondere am und im Umfeld der Bocksbachtalbrücke in Karlsbad
- b) den Einbau eines lärmindernder Fahrbahnbelages (Flüsterasphalt)
- c) die Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf 80 km/h in diesem Streckenabschnitt zu verringern

- d) und ein Lärm-Monitoring um weitere Optimierungsmaßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad möge der Resolution zustimmen

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0

**zu 4 Zustimmung zur Wahl des Abteilungskommandanten der Feuerwehr Karlsbad Abteilung Spielberg
Vorlage: 10/0374/2017**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat wird gebeten, der Wahl von Herrn Torsten Nitsch zum Abteilungskommandanten der Abteilung Spielberg zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Vorstellung der Verkehrsunfall- und Kriminalstatistik 2016
Vorlage: 10/0375/2017**

Der Leiter des Polizeireviers Ettlingen, Polizeirat Alexander Seifert stellt zusammen mit dem Leiter des Polizeiposten Albtal, Hauptkommissar Martin Rickersfeld, die „Verkehrsunfall- und Kriminalstatistik 2016“ vor. Insgesamt sei die Situation in Bezug auf die Verkehrs- und Unfallbelastung in Karlsbad sehr gut. Die Häufigkeitszahlen (erfasste Straftaten pro 100.000 Einwohner) seien in Karlsbad um 11,1 Prozent gesunken, vierfach stärker als der Landestrend. Die Fallzahlen seien um 52 von 485 im Jahr 2015 auf 433 im Jahr 2016 zurückgegangen. In Waldbronn sei die Entwicklung ähnlich. Die Diebstähle und die Rauschgiftkriminalität verringerte sich, allerdings gelte es, die von 52,2 Prozent auf 47,6 Prozent gefallene Aufklärungsquote wieder zu erhöhen. Diese sei allerdings auch durch die Rauschgiftkriminalität mit einem eingegrenzten Täterkreis beeinflusst.

Bei der Verteilung nach Deliktgruppen dominiere der Diebstahl mit rund 46 Prozent. Danach folgten Vermögens- und Fälschungsdelikten (einschließlich Schwarzfahrer) mit rund 15 Prozent. Aufgebrochene Fahrzeuge und Einbrüche bei Firmen stehen beim „Diebstahl unter erschwerten Umständen“ besonders im Fokus. Bei den KFZ-Aufbrüchen sei es vor allem um hochwertige Elektronik gegangen (Anstieg von 27 auf 30 Fälle). Insgesamt seien die „Diebstähle unter erschwerten Umständen“ von 112 auf 96 gesunken. Durch die verstärkte Polizeiarbeit konnten die Wohnungseinbruchdiebstähle von 17 im Jahr 2015 auf 13 im Jahr 2016 gedrückt werden. Die Rauschgiftkriminalität sei von 35 auf 15 Fälle und damit wieder auf den mehrjährigen Durchschnittswert gefallen. Die Rohheitsdelikte (Raub- und Körperverletzungsdelikte gegen die persönliche Freiheit) verringerten sich von 62 auf 57 Fälle. Bei den Nationalitäten der Straftäter dominierten die deutschen Staatsangehörigen mit 67 Prozent, dann folgten die Asylsuchenden mit 18 Prozent und die sonstigen Nichtdeutschen mit 15

Prozent. Erklärend zu den relativ hohen Zahlen der Asylsuchenden erläutert Martin Rickersfeld, dass sehr viele Vorfälle innerhalb der Einrichtungen der Erstaufnahme registriert würden. Dabei handle es sich um Straftaten der Asylsuchenden untereinander. „Es ist wichtig, dass die Bevölkerung ein waches Auge hat und Vorkommnisse beziehungsweise verdächtige Beobachtungen gleich der Polizei meldet“, so Polizeirat Alexander Seifert.

Bei der Unfallstatistik sind die Zahlen leicht auf 127 Unfälle angestiegen. Die Anzahl der Verletzten insgesamt sei zwar von 40 auf 43 geklettert, der Anteil der Schwerverletzten darunter fiel jedoch von acht auf fünf Personen. Tödliche Verkehrsunfälle habe es keine gegeben. Entschärft sei der bisherige Unfallschwerpunkt Nordausfahrt Gewerbegebiet „Stöckmädle“ durch den neuen Ausbau mit Ampelanlage. Diese werde, so erläutert Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner, noch überprüft, ob sie optimiert werden könne. Im Bereich vom Gewerbegebiet Karlsbader Schießhüttenäcker gebe es immer wieder Verkehrsunfallfluchten.

Der Vorsitzende bezeichnete die Statistik als insgesamt recht unauffällig. Einzelfragen werden beantwortet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Verkehrsunfall- und Kriminalstatistik 2016 zur Kenntnis nehmen.

Zur Kenntnis genommen

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über einen neuen Kindergarten im Gewerbegebiet Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 10/0382/2017**

GR Reinhard Haas (SPD) stellt zu Beginn der Beratungen den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt wegen offener Fragen, die nichtöffentlich beraten werden sollten, zu vertagen.

Der Vorsitzende sagt, dass er keine neuen Erkenntnisse sieht. Er lässt über den Antrag abstimmen.

Geschäftsordnungsantrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge den Tagesordnungspunkt absetzen und nochmals nichtöffentlich wegen offener Fragen beraten.

Vertagt (Wiederholung) Ja 12 Nein 9

**zu 7 Mensa GMS - Beschluss Ausschreibung und Subventionierung Essenspreis
Vorlage: 10/0370/2017**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert die Vorlage. Die Sachverständige Sabine Chilla steht für Detailfragen zur Verfügung. Geplant sei, so Kleiner, nach einer Ausschreibung des Kantinenbetriebs einen Vertrag für zwei Jahre mit einer Option auf Verlängerung zu schließen. Es handle sich um eine Mischküchenkonzept, bei dem die Ausschreibung nicht auf eine bestimmte Variante begrenzt werden soll.

Wichtige Details zur Kantinenausschreibung (Grundlage Vorlage):

Betrieb in Fremdregie, Vergabe der Konzession an einen Betreiber für Mensa und Kiosk, Startzeitpunkt Mensabetrieb: voraussichtlich Februar 2018. Vergabe für zwei Jahre mit optionaler dreimaliger Verlängerungsmöglichkeit um jeweils 1 Jahr (max. Vertragslaufzeit nach rechtl. Vorgaben 5 Jahre). Das Bestellsystem und die Abrechnung sollen komplett über den Betreiber erfolgen. Das Mischküchenkonzept beinhaltet, dass die Küche für cook & freeze oder cook & chill mit variablen Anteilen von frisch zubereiteten/zugekochten Speisen geeignet sein muss. Die Ausschreibung soll nicht auf eine bestimmte Variante beschränkt sein, um ein möglichst breites Spektrum an Bietern zuzulassen. Von der Küche in der Gemeinschaftsschule soll der Betreiber das Essen künftig auch an das Gymnasium liefern, um es dort in der Mensa mit Gemeindepersonal auszugeben. Diese Variante löst das Problem der extrem engen Platzverhältnisse in der Mensaküche des Gymnasiums, die in der Vergangenheit bereits dazu geführt hat, dass kein neuer Caterer bereit war, diese Mensa zu übernehmen. Die Küche im Gymnasium ist sehr schmal und zusätzlich auch noch Durchgangsbereich für die Platypus-Kioskmitarbeiter. Mehr als die Ausgabe von warm angelieferten Speisen sollte daher dort nicht stattfinden. Die Festlegung der Vergabekriterien (z.B. Anzahl der anzubietenden Menüs, Qualitäts- und Mengenstandards nach DGE, Auswahl bei den Beilagen, Dessert, Vorbestellfrist usw.) erfolgt in Zusammenarbeit mit Vertretern der betroffenen Schulen (Schulleitung, Lehrer, Schüler und Eltern).

Die Festlegung der finanziellen Rahmenbedingungen, insbesondere der möglichen Subventionierung des Essenspreises, obliege, so Kleiner, dem Gemeinderat. Die Verwaltung empfehle eine Tagespauschale statt einen Einzelzuschuss pro Essen. Auf jeden Fall sollen die Betriebskosten (Wasser, Strom, Heizung, Müllentsorgung) durch die Gemeinde übernommen werden.

Nachfragen von Gemeinderäten zu Details der Ausschreibung und Subventionspunkten werden beantwortet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge

- 1) der Ausschreibung des Mensabetriebs zustimmen
- 2) festlegen, ob die Subventionierung pro ausgegebenem Essen oder über eine Dienstleistungspauschale pro Tag erfolgen soll
- 3) die max. Höhe der Subventionierung festlegen
- 4) die Übernahme der Betriebskosten der Mensa der GMS (und natürlich des Gymnasiums) beschließen
- 5) den Betrieb der Mensa im Gymnasium (Ausgabeküche) durch gemeindeeigenes Personal beschließen.

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Anpassung der Mitteilungsblattstatuten bezüglich Karenzzeit vor Wahlen
Vorlage: 10/0380/2017

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert die Vorlage.

Mit der zum 01.12.2016 in Kraft getretenen Änderung der Gemeindeordnung zu § 20 Abs. 3 Satz 3 ergab sich die Verpflichtung für die Gemeinden, eine Veröffentlichung von Beiträgen von Parteien und/oder der Fraktionen innerhalb eines Zeitraums von höchstens 6 Monaten auszuschließen. Der Gesetzgeber nenne keinen Mindestzeitraum.

Der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad habe in seiner Sitzung am 17.02.2016 (Vorlage 10/0113/2016) daher die Veröffentlichung von Beiträgen der Fraktionen innerhalb eines Zeitraums von 2 Wochen vor Wahlen ausgeschlossen, was der Verwaltung seinerzeit als ausreichend erschien.

Der Gemeindetag habe die Thematik mit der GT-Info vom 20.06.2016, Nr. 11/2016 nochmals aufgegriffen und verweise darin auf Formulierungsvorschläge des Gemeindetags für Redaktionsstatuten für das Mitteilungsblatt vom 29.05.2016.

Das Innenministerium halte eine Karenzzeit von drei Monaten (gerade) noch für vertretbar. Aufgrund der Ausführungen schlage die Verwaltung daher vor, die bislang festgelegte Karenzzeit von zwei Wochen auf die von Innenministerium als (gerade) noch für vertretbar gehaltene Karenzzeit von drei Monaten abzuändern und die Mitteilungsblattstatuten entsprechend zu ändern.

Im Gemeinderat äußern sich die GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler), GR Reinhard Haas (SPD), GR Martin Rupp (CDU) und GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) unisono ablehnend, die bisherige Frist wie vorgeschlagen auf drei Monate auszudehnen.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Damen und Herren des Gemeinderates mögen die Karenzzeit vor Wahlen festlegen und die Mitteilungsblattstatuten entsprechend anpassen.

Mehrheitlich abgelehnt Ja 0 Nein 21 Enthaltung 1

zu 9 Beratung und Beschlussfassung über die Spendenannahme im 1. Quartal
2017
Vorlage: 20/0379/2017

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern, ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt Geldspenden in Höhe von 5.459,68 € und Sachspenden in Höhe von 76,98 € anzunehmen

Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0

zu 10 Genehmigung von Protokollen

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 5.4.2017 wird mit 21 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

zu 11 Verschiedenes

Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch informiert, dass Herr Kampker vom Arbeitskreis Wirtschaft und Berufsorientierung aus beruflichen Gründen gebeten hat, ihn von seiner Funktion im Agendarat zu entbinden. Dies sei vom Agendarat akzeptiert worden und als Nachfolgerin rücke Ulrike Seiter nach. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

zu 12 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson